

Magazin der Wirtschaftsjunioren Deutschland

quwp [W]

#04.2013
3,10 € B59654

Bundestagswahl: Wofür stehen die Parteien?



JCI 

Anreize für mehr Leistung schaffen

Aufgabe der Politik ist es, die passenden Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu setzen. Diese Position vertritt der Bundestagsabgeordnete Dr. Reinhard Brandl (36, CSU), Mitglied im Verteidigungs- sowie im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Wie die CSU diese Rahmenbedingungen nach der Bundestagswahl gestalten möchte, das wollten Franziska Leupelt, Geschäftsführerin des Druckhauses Leupelt und Mitglied im Bundesvorstand der Wirtschaftsunioren Deutschland, und WJD-Pressesprecherin Corinna Trips genauer wissen.

Corinna Trips: Was sind aus Ihrer Sicht die Erfolge der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik der Bundesregierung?

Dr. Reinhard Brandl: Deutschland ging es noch nie so gut wie heute – und das trotz eines schwierigen europäischen Umfelds. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung, Rekorde bei den Steuereinnahmen – und wir konnten in den vergangenen Jahren die Lohnnebenkosten spürbar senken. Die Politik hat die Rahmenbedingungen dafür gesetzt. Die Unternehmen haben sie erfolgreich genutzt.

Trips: Wie soll es in der nächsten Legislatur weitergehen, wenn die Union weiter in der Regierung wäre?

Brandl: Der Wohlstand in unserem Land basiert auf dem, was unsere Unternehmen und Unternehmer Tag für Tag erwirtschaften. Dieser Leistung bringen wir als Union eine hohe Wertschätzung entgegen und wollen sie weiter fördern. Konkret wird das zum Beispiel, wenn wir ein Steuergesetz beraten. Dann geht es uns in erster Linie darum, Anreize für mehr Leistung zu schaffen und nicht Einkommensunterschiede auszugleichen. Deshalb wenden

wir uns auch gegen Substanzsteuern, wie die Vermögenssteuer, und gegen eine Erhöhung der Erbschaftssteuer. Ich könnte diese Liste an Beispielen beliebig weiter fortführen.

Franziska Leupelt: Und was wären konkret die wirtschaftspolitischen Ziele und Schwerpunkte?

Brandl: Ein Thema mit oberster Priorität wird die Fachkräftesicherung sein. Außerdem müssen wir die kalte Progression im Einkommensteuerrecht abbauen. Hier hoffe ich auf Bewegung im Bundesrat. Weitere Schwerpunkte werden sein: ein Stopp des Anstiegs bei den Energiekosten und die Fortführung des Bürokratieabbaus. Wenn der Spielraum gegeben ist, würde ich eine steuerliche Forschungsförderung, vor allem für kleine Unternehmen, sehr begrüßen.

Leupelt: Die junge deutsche Wirtschaft leidet vor allem unter dem Fachkräftemangel. Welche Lösungen haben Sie anzubieten?

Brandl: Für mich stehen drei Ansätze ganz oben auf der Agenda: Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. Daneben gilt es, bisher brachliegendes Potenzial weiter zu aktivieren: Seit 2007 konnten wir die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 40 Prozent reduzieren, von etwa 1,7 Millionen auf eine

Im Gespräch:
Dr. Reinhard Brandl, Franziska Leupelt
und Corinna Trips (v. l.).



Million. Das ist aber immer noch viel zu viel. In einigen Bereichen müssen wir auch für Zuwanderer, vor allem aus der Europäischen Union, attraktiver werden.

Trips: Beim Thema Betreuungsgeld muss die Union sich ja vorwerfen lassen, dass diese Leistung eher kontraproduktiv ist, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu steigern. Auch bei einer Reform des Ehegattensplitting ist die Union zurückhaltend ...

Brandl: Zunächst einmal: Bayern liegt mit einer Frauenerwerbsquote von 72 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt; kein Bundesland investiert so viel Geld in den Krippenausbau wie der Freistaat. Das ist die eine Seite. Erfolgreiche Familienpolitik darf sich aber nicht alleine daran bemessen, wie schnell eine Frau wieder zurück im Beruf ist. Jede Familie soll selbst die Freiheit haben zu entscheiden, wie sie Erwerbseinkommen und Kindererziehung organisiert. Der Staat soll sie bei dieser Entscheidung in jeder Richtung unterstützen. Er darf aber nicht ein bestimmtes Lebensmodell als das einzig förderungswürdige oder gewollte Modell darstellen.

Trips: Die jungen Abgeordneten der Union wollen ja – nach der Umsetzung der Schuldenbremse – jetzt den Schritt Richtung Schuldentilgung machen. Wie sehen Sie die Chancen dafür?

Brandl: Wenn die bisherige wirtschaftliche Entwicklung sich weiter so fortsetzt, dann stehen die Chancen sehr gut. Im Moment sieht es so aus, dass wir 2014 oder spätestens 2015 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und ab 2016 dann auch Schulden zurückzahlen können.

Leupelt: Sie kommen selbst aus einer Unternehmerfamilie. Was wären Ihre Wünsche an die Wirtschaftsjunioren? Wo sollten sich Unternehmer mehr einbringen?

Brandl: Die erste und wichtigste Ebene ist die Kommunalpolitik. In den Gemeinde-, Stadt- und Kreisräten werden wesentliche Standortbedingungen festgelegt. Man kann dort am meisten bewegen, und unternehmerisches Den-

Für mich stehen drei Ansätze ganz oben auf der Agenda: Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. DR. REINHARD BRANDL

ken ist für jede Kommune wichtig. Ich versuche deswegen, auch bei mir vor Ort immer wieder junge Unternehmer dafür zu begeistern. Oft heißt es: „Keine Zeit“. Aber es wäre fatal für unser Land, wenn sich nur diejenigen politisch einbringen, die viel Zeit haben.

HARSTEN TARUTTIS



Dr. Reinhard Brandl
und Franziska Leupelt